

PHILIPP SCHEIDEMANN

**Die
rechtsradikalen
Verschwörer**

**REICHSTAGS-REDE
gehalten am 12. Mai 1923**

BERLIN 1923

FÜR SOZIALWISSENSCHAFT GMBH

1005

Meine Damen und Herren!

Die Beratung des Haushalts des Innenministeriums hat von jeher Gelegenheit gegeben, hundert und mehr Dinge zur Sprache zu bringen, für die man mit mehr oder weniger Recht den Innenminister verantwortlich machen konnte. Wenn gerade heute eine ganze Anzahl von Dingen besprochen werden könnte und eine ganze Anzahl von Sachen kritisch beleuchtet werden *müßte*, so will ich doch jeder Versuchung nach dieser Richtung hin widerstehen und mich ausschließlich auf die Frage beschränken, die ja von den beiden Herren, die vor mir gesprochen haben, auch erörtert worden ist, nämlich die Frage, die ich für die wichtigste halte: soll dem Treiben der Reaktion gegen die Republik (Gelächter rechts) von der Reichsregierung in ähnlich tatenloser Weise wie bisher auch ferner zugesehen werden? (Sehr richtig! links.)

Die Interpellation der Deutschnationalen datiert vom 24. März. Ich bedaure ganz außerordentlich, daß wir erst heute Gelegenheit bekommen, zu der Frage Stellung zu nehmen. Das reaktionäre Treiben gegen den Bestand der deutschen Republik ist keineswegs, wie das oft hingestellt wird, nur eine innenpolitische Frage, es ist vielmehr eine politische Frage, die in der ganzen Welt mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt wird, und deren Ausschlichtung ganz besonders durch Frankreich das ganze deutsche Volk in der schlimmsten Weise auszubaden hat. (Sehr richtig! links.)

Während nun die Reichsregierung eine Zurückhaltung beobachtet hat, für die mir wirklich jedes Verständnis fehlt, eine Zurückhaltung, von der ich bedaure, daß auch der Herr Innenminister in seiner Rede vorhin nicht eine Besserung in Aussicht gestellt hat; während die bayerische Regierung das Menschen-

mögliche getan hat, um der Arbeit der Reaktion – ich will nicht sagen – direkt Vorschub zu leisten, aber doch diese Arbeit mindestens zu erleichtern (Zuruf rechts: das ist dasselbe!), haben wir erleben müssen, daß vom Reich aus gar nichts geschah. Nur der preußische Innenminister, dem ich von ganzem Herzen dafür danke, hat mit fester Hand zugegriffen (Sehr richtig! links. – Zurufe rechts), um wenigstens den übelsten und gemeingefährlichsten Organisationen, die schließlich sogar, mit Waffen ausgerüstet, zu militärischen Uebungen übergegangen sind, endlich das Handwerk zu legen. Weil Minister Severing in dieser Weise eingegriffen hat, interpellieren die Deutschnationalen.

Es ist selbstverständlich für einen Sozialdemokraten nicht gerade eine angenehme Aufgabe, staatliche Maßnahmen verteidigen zu müssen, von denen wir wissen, daß sich durch sie ein Teil des Volkes, sei es mit Recht, sei es mit Unrecht, bedrückt fühlt; Deshalb stelle ich an die Spitze meiner Ausführungen ausdrücklich das sozialdemokratische Bekenntnis zur Freiheit der Presse, des Vereins- und Versammlungswesens, so wie es in dem Verfassungswerk von Weimar verkündet worden ist. (Lachen rechts.) Wir sind grundsätzlich für jede Freiheit des Wortes, und es hat erst der furchtbaren Lehren – das scheint Graf v. Westarp alles vergessen zu haben – des Mordes an Erzberger und an Rathenau bedurft (sehr richtig! links), um uns zu der Ueberzeugung zu bringen, daß in den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen eine persönliche Verhetzung, die mit Verleumdung und Beschimpfung gegen Andersdenkende arbeitet, eine persönliche Verhetzung, die sich schließlich in blutigen Taten geäußert hat, von Gesetzeswegen einfach nicht geduldet werden kann. (Lebhafte Zustimmung links.) Graf Westarp hat auf „Beschimpfungen“ hingewiesen, die eine angeblich neue Konstruktion des Staatsgerichtshofes darstellen. Wir sind auch meinethalben dafür, wenn Graf Westarp es wünscht, eine gewisse Schimpffreiheit einzuführen. Wir wollen es dann allerdings Ihnen überlassen, davon Gebrauch zu machen. (Lachen rechts.) Aber wir setzen voraus, daß diese Schimpffreiheit nicht in eine Schießfreiheit ausartet, eine Schieß- und Mordfreiheit, die unter gar keinen Umständen geduldet werden kann. Nur Schimpfen – gut, schimpfen Sie meinethalben, ich stehe da auf dem Standpunkt, der in dem deutschen Sprichwort zum Ausdruck kommt: Hunde, die bellen, beißen nicht!

Einer Einschränkung der Vereinsfreiheit haben wir auch nur insofern zugestimmt, als es sich um Vereine mit ausgesprochen verbrecherischen Zielen handelt. Vereinigungen zu unterdrücken, die mit geistigen Waffen für ihre Ueberzeugung wirken, um dieser innerhalb der staatlichen Demokratie zu verfassungsmäßigem Einfluß zu verhelfen, dazu werden wir uns niemals hergeben.

Wir würden daher auch dem Verbot der sogenannten Deutschvölkischen Freiheitspartei niemals unsere Zustimmung gegeben haben, wenn wir nicht den *Beweis als geliefert* ansehen müßten, daß diese sogenannte Partei nichts anderes ist, als eine Verschwörergesellschaft (sehr wahr! links – Zurufe rechts), die planmäßig darauf ausgeht, die gegenwärtige Rechtsordnung zu stören und an Stelle einer Herrschaft der Mehrheit die Herrschaft einer bewaffneten Minderheit zu setzen. (Sehr richtig links, – Zurufe rechts.) Da wir diesen Beweis als *erbracht* ansehen, sind wir allerdings der Meinung, daß die Deutsche Republik die Pflicht hat, mit aller Kraft den Kampf um ihre Selbsterhaltung zu führen. (Sehr wahr! bei den V. Soz.) Wir betrachten die Energie, die der preußische Innenminister auf diesem Gebiete entfaltet, als beispielgebend für die ihm unterstellte Verwaltung und für alle anderen Regierungen, auch für die deutsche Reichsregierung (Sehr wahr! bei den V. Soz.) Nach der vorläufigen Entscheidung des Staatsgerichtshofs ist der Minister Severing durchaus berechtigt gewesen, das Verbot der Freiheitspartei auszusprechen; denn, so heißt es da: das vom preußischen Innenminister vorgelegte Material sei so bedenklich, daß der Minister von seinem Standpunkt aus und nach Lage der Sache das Verbot als richtig und angemessen erachten mußte. (Zurufe von der Deutschvölk. Freiheitsp.) Um Zeit für andere Erörterungen innerhalb der mir zur Gebote stehenden Redezeit zu gewinnen, könnte und möchte ich sehr gern auf den Vortrag einer Menge von Material verzichten; ich kann das aber nicht ganz, Herr Wulle, nachdem Sie in der „Mecklenburgischen Warte“ sehr ungereimte Dinge geschrieben haben. In der „Mecklenburgischen Warte“ schrieb Herr Wulle einen Artikel über die bevorstehende Verhandlung gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei vor dem Staatsgerichtshof, er sagte darin u. a.:

Der Tanz kann beginnen, der Staatsgerichtshof hat das Wort. Wie wird er entscheiden? In dem Protokoll der Weisen von Zion (Heiterkeit links) steht zu lesen: „In den wichtigsten staatsrechtlichen Fragen und sonstigen Streitfällen entscheiden die *Gerichte so, wie wir es ihnen vorschreiben.*“

(Hört! hört! links. – Abg. Wulle: Das steht darin !) Ich empfinde das als den Gipfel – ich will nicht sagen, als welchen Gipfel, Herr Wulle. (Abg. Wulle: Schade, daß Sie es nicht sagen!) – Nein, ich möchte mir *Ihretwegen* keinen Ordnungsruf zuziehen. Ich will aber Ihr Gedächtnis ein wenig auffrischen. Als der Staatsgerichtshof zur Ueberraschung der weitesten Kreise des deutschen Volks eine Anzahl verboten gewesener Vereine wieder *freigab*, da müssen die Weisen von Zion – um in *Ihrer* Tonart zu reden – gerade ein bißchen meschugge gewesen sein (große Heiterkeit), sonst hätten sie den Staatsgerichtshof doch nicht so ganz in Ihrem

Sinne entscheiden lassen können. (Abg. v. Graefe-Mecklenburg: Immer geht es nicht!)

Die weitere Frage, ob eine Partei als solche aufgelöst werden kann, hat der Staatsgerichtshof bejaht. Dabei hat er sich in Uebereinstimmung befunden mit einem Ihrer gescheitesten Leute mit dem Professor v. Freytag-Loringhoven (Abg. v. Graefe-Mecklenburg: Das ist keiner von unseren Freunden,!) — Aber erlauben Sie, wieviel Millimeter steht denn der von Ihnen weg? (Heiterkeit links. — Zuruf von der Deutschvölk. Freiheitsp.) — Ja, erlauben Sie, es ist für uns eine große Schwierigkeit, verehrter Herr Kollege, mit Sicherheit Unterschiede zu machen da die Nabelschnur zwischen Ihnen und den Deutschnationalen überhaupt noch nicht zerschnitten worden ist (Große Heiterkeit und sehr gut! links.) So weiß man nicht: Steht er hier oder da? (Zurufe des Abg. v. Graefe-Mecklenburg.) Herr von Graefe, Sie wissen, daß ich nur 60 Minuten Redezeit habe. Ich bitte den Herrn Präsidenten, genau zu kontrollieren, wieviel Minuten Sie mir von der Redezeit wegstribitzen. Jedenfalls hat der Staatsgerichtshof bei der Entscheidung in dem Falle, in dem es sich darum handelte verbotene Vereine wieder freizugeben, nicht mit den Weisen von Zion, sondern mit den Weisen um Wulle sich in Uebereinstimmung befunden. In der „Deutschen Zeitung“ vom 27. März hat sich der Freiherr von Loringhoven ganz scharf gegen Herrn von Graefe gewandt, der den unhaltbaren Standpunkt einnehme, man könne überhaupt keine Partei verbieten. (Zuruf von der Deutschvölk. Freiheitp.) — Nein, ich bin sonst für den Freiherrn von Loringhoven gar nicht eingekommen. Ich gönne ihn Ihnen mit Haut und Haaren, (Zurufe von der Deutschvölk. Freiheitspartei.)

Man hat nun — um das vorwegzunehmen — und zwar muß ich auch deshalb darauf eingehen, weil Graf Westarp sehr viel darüber geredet hat — der preußischen Staatsregierung immer wieder den Vorwurf gemacht, sie messe rechts und links mit zweierlei Maß und wende gegen die Deutschvölkischen Maßregeln an, die den Kommunisten gegenüber ebenso am Platze wären. Dazu kann ich nur folgendes sagen: Hätten die Kommunisten in der letzten Zeit ähnliche Vorbereitungen getroffen wie die Deutschvölkischen, so wäre es die Pflicht der Regierungen gewesen, gradeso gegen die Kommunisten vorzugehen wie gegen die Deutschvölkischen. Gerade der jetzige preußische Innenminister — das werden Sie doch jedenfalls nicht bestreiten wollen, — hat früher auch, als das erforderlich war, im Kampfe gegen die Kommunisten ein nicht geringes Maß von Energie aufbringen müssen, was ihm gewiß nicht leicht geworden ist. Heute haben aber die Kommunisten eingesehen, daß man nicht mit dem Kopf durch die Wand kann; sie haben eingesehen, daß die Arbeiter eine Putschtaktik nicht

mehr mitmachen. Sie sind also zur Einsicht gekommen und haben auf Vorbereitungen verzichtet, die Sie (zu den Deutschvölkischen) jetzt in ganz anderer Weise treffen, als es jemals bei den Kommunisten der Fall war. (Sehr richtig links.) Ich will Ihnen in einem Satze sagen, wie die Dinge jetzt sind: Der Unterschied zwischen den Kommunisten und Ihnen ist der: die Kommunisten wenden sich von der Gewalt ab, die Deutschvölkischen wenden sich der Gewalt zu. (Sehr wahr! links. — Lachen und Zurufe auf der äußersten Rechten.)

Ich gebe ausdrücklich zu, daß mit zweierlei Maß gemessen worden ist, aber die Rechtsradikalen sind es *nicht*, die sich dabei hätten beschweren können. (Sehr wahr! links.) Dazu kommt noch ein Zweites. Die Rechtsradikalen haben sich nicht nur trotz ihrer Schandtaten, auf die ich nachher zu sprechen kommen werde, vielfach behördlicher Gunst und Duldung erfreut, sondern sie haben auch an einer großen politischen Partei und deren Presse eine Stütze gehabt. Erst der Mord an Rathenau hat die Deutschnationale Partei gezwungen, einen gewissen Trennungsstrich von Ihnen zu ziehen, oder besser gesagt einen Trennungsstrich zu markieren, denn wir haben vorhin ja wieder aus den Ausführungen des Herrn von Westarp gehört, wie eng Sie im Grunde genommen noch liiert sind. Während die Sozialdemokraten gegen den Putschismus von links einen geistigen Schutzwall in den Ueberzeugungen unserer Anhänger haben, sind die Grenzen zwischen der Deutschnationalen Partei und dem Rechtsputschismus bis auf den heutigen Tag flüchtig geblieben. Wann und wo haben die Deutschnationalen gegen die Verschwörerkreise ein Zeichen von Energie an den Tag gelegt? (Sehr richtig! links.) Ich bitte um Angaben! Ich werde mich gern eines Besseren belehren lassen. Aber jetzt sehen wir das alte Schauspiel: während sich die republikanische Staatsgewalt bemüht, die Republik zu verteidigen, stellen sich die Deutschnationalen nicht etwa auf die Seite derer, die die Autorität des Staates aufrecht erhalten wollen, sondern ergreifen Partei für die Organisation der widerrechtlichen Gewalt.

Nun noch einige Bemerkungen über den törichten Versuch der sehr merkwürdigen Freiheitspartei, den Beweis zu liefern, daß erstens nie zuvor eine andere Partei verobten oder unterdrückt worden sei, daß aber zweitens die Unterdrückung der sozialdemokratischen Partei deshalb zu Recht erfolgt sei, weil sich die sozialdemokratische Partei zur Gewalt bekannt habe. (Hört! hört! und Heiterkeit bei den V. Soz.) Diese Argumentation, daß erstens überhaupt nichts passiert sei, daß es aber zweitens zu Recht geschehen sei, erinnert an die Geschichte mit dem geliehenen Topf. (Zuruf des Abg. v. Graefe-Mecklenburg.) — Wenn Sie sie nicht kennen, will ich sie Ihnen erzählen. Die Frau Müller hatte sich von

der Frau Schulze einen Topf geborgt, und als Frau Schulze ihren Topf wiederhaben wollte, sagte Frau Müller: erstens haben sie mir gar keinen Topf geliehen, zweitens war der Topf, den sie mir geborgt haben, schon kaputt, und drittens habe ich Ihnen den Topf völlig heil wiedergegeben. (Heiterkeit.) Das ist Ihre Logik: Es ist niemals eine Partei unterdrückt worden, aber es ist zu Recht geschehen, daß man die Sozialdemokratie unterdrückte.

Das Sozialistengesetz wurde bekanntlich erlassen, weil man zwei Mordbuben, den Hödel und den Nobiling, den Sozialdemokraten an die Rockschöße gehängt hat. (Sehr wahr! bei den V. Soz.) Keiner dieser beiden Leute hatte mit der Sozialdemokratie auch nur das geringste zu tun. Hödel war Mitglied der christlich-sozialen Stoeckerschen Partei, als er die Mordtat zu begehen versuchte, und von dem Nobiling sagte der Untersuchungsrichter zu einem Redakteur der Zentrumsprelle: „Nobiling war noch dümmer als Hödel!“ (Heiterkeit und Hört! Hört! bei den V. Soz.)

Die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“, daß Nobiling den Besuch einer sozialdemokratischen Versammlung auf dem Sterbebett zugestanden hätte, ist unwahr. Niemand ist von einem Menschen der Beweis auch nur versucht worden, daß er in einer sozialdemokratischen Versammlung war, und niemals hat irgendein Mann in autoritärer Stellung damals bei den Gerichtsverhandlungen darauf Bezug genommen. Aber ich erlaube mir folgende Frage: wenn wirklich der Dr. Nobiling einmal in seinem Leben eine sozialdemokratische Versammlung besucht hätte, hätte das rechtfertigen können, daß man die sozialdemokratische Partei unter ein Ausnahmerecht stellte? Wie wollen Sie denn auch nur mit der geringsten Aussicht auf Erfolg jemals versuchen, alle die Mordbuben, von denen feststeht, daß sie nicht nur Ihre Versammlungen besucht haben, sondern ausnahmslos *Mitglieder* Ihrer Filialen gewesen sind (Sehr gut! bei den V. Soz.), von Ihren Rockschößen abschütteln zu können? (Erneute lebhaftige Zustimmung bei den V. Soz.)

Noch bevor das Ausnahmegesetz in Kraft getreten war, ging die tollste Hetze durch das Land. Herr Wulle, der Sie sich beschweren, daß man Ihnen von so und soviel Zimmern ein paar Räume weggenommen hat, Sie haben keine Ahnung davon, wie man die sozialdemokratische Partei in der schandbarsten Weise behandelt hat. Noch bevor überhaupt das Ausnahmegesetz zustande gekommen war, wurden die Zeitungen verboten, wurden Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen, wurden unsere Leute eingesperrt; Majestätsbeleidigungsprozesse der tollsten Art hat es damals geregnet. Die Gerichte haben sich damals zum Teil, wie es leider auch später noch vorgekommen ist, direkt prostituiert. (Sehr wahr! bei den V. Soz.) Was für Urteile sind damals gefällt worden!

Ich erinnere an eine Deputation des Berliner Stadtgerichts, die an einem Tage sieben Personen zu 22 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilte (Stürmische Rufe: Hört! Hört! bei den V. Soz.) wegen angeblicher Majestätsbeleidigungen. Und welcher Art diese Majestätsbeleidigungen waren, dafür will ich zwei Beispiele anführen. Ein betrunkenener Mann hatte abends auf der Straße gesagt: „Wilhelm ist tot, Wilhelm lebt nicht mehr.“ Dafür hat der Mann 21/2 Jahre Gefängnis gekriegt! Eine Frau hatte von dem verwundeten Kaiser Wilhelm I. gesagt: „Der Kaiser ist wenigstens nicht arm, er kann sich pflegen.“ Dafür kriegte die Frau 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. (Hört! Hört! bei den V. Soz.)

Das erste Ausnahmegesetz, das im Reichstag vorgelegt wurde, fand als Befürworter überhaupt nur die Stimmen der zwei Rechtsparteien, also derjenigen, die heute interpellieren, daß man ihnen angeblich wehegetan hätte. (Hört! Hört! bei den V. Soz.) Das zweite Gesetz wurde mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen. Sehr bezeichnend ist, daß man die Sozialdemokraten, um deren Kopf und Kragen es sich handelte, nicht einmal an den Kommissionsberatungen hat teilnehmen lassen. Unter dem Sozialistengesetz waren die Sozialdemokraten vollkommen rechtlos geworden. Hier im Hause, sitzen noch Männer wie Fischer (Berlin), Bock, Bernstein, Frohme u. a., die man damals durch das Land gehetzt hat -- wegen nichts, wegen gar nichts. Frohme wurde in Ketten gefesselt transportiert -- wegen nichts. Ich will auf diese Dinge nicht näher eingehen, obwohl es interessant wäre, eine Parallele zu ziehen: die Behandlung der Sozialdemokraten damals und die Behandlung der Deutschvölkischen Freiheitspartei jetzt. Nur ein Resümee will ich noch geben: verboten wurden damals 1300 periodisch und nichtperiodisch erscheinende Zeitungen sowie 132 Arbeiterorganisationen, darunter fast alle Gewerkschaftsorganisationen. (Hört! Hört! bei den V. Soz.) 900 Männer, darunter 500 Verheiratete, wurden aus den Familien herausgerissen, und durch das Land gehetzt. (Erneute Rufe bei den V. Soz.: Hört! Hört!) Mit welcher Brutalität man vorgegangen ist, beweist der Umstand, daß man am heiligen Weihnachtsabend in Frankfurt a. M. 29 Familienväter aus ihrer Familie herausgerissen und als heimatslos gemachte Paria durch die Länder hetzte. (Stürmische Zurufe bei den V. Soz.: Hört! Hört!) Glauben Sie nicht, daß man alle diese Dinge in der Sozialdemokratie vergessen hat. Manche Bitterkeit in uns ist auf jene schandbare Zeit zurückzuführen, von der ich selbst mehr als sieben Jahre als Sozialdemokrat mit durchkämpft habe. Das Ergebnis des Sozialistengesetzes aber war dies: im Jahre 1878, als es in Kraft trat, zählte die Sozialdemokratie 437 000 Stimmen, als das Gesetz fiel, 1 427 000 Stimmen. (Hört! Hört! bei den V. Soz.) Wenn ich auf diese Dinge hingewiesen

habe, so ist es nicht nur Ihrethalben geschehen, sondern auch nach außen hin, um den jungen sozialdemokratischen Arbeitern ins Gedächtnis zu rufen, was die Sozialdemokratie für schwierige Kämpfe unter jenen häßlichen Verhältnissen hat durchführen müssen, um überhaupt den Fortschritt auf sozialem Gebiete, die Freiheit und Gleichberechtigung auf politischem Gebiete durchsetzen zu können. (Lebhafte Zustimmung bei den V. Soz.)

Die „Deutsche Tageszeitung“ regte sich am 6. April über das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei auf und suchte die Ungesetzlichkeit dieses Verbotes nachzuweisen in einem Artikel unter der Ueberschrift „Partei-Verbot – Sozialistengesetz“. Da heißt es dem Sinne nach, daß das Verbot der Sozialdemokratischen Partei berechtigt gewesen sei, weil sie ihre Ziele gewaltsam durchzusetzen versuchte -, während die Deutschvölkische Partei – ach, die Herren Wulle, Graefe usw., kein Engel ist so rein wie diese Herrschaften – (Große Heiterkeit links. – Zurufe rechts.) Es würde zu weit führen, wenn ich mich auf den überflüssigen Nachweis einlassen wollte, wie falsch solche Ausführungen sind. Einwandfrei steht fest: die Sozialdemokratische Partei hat niemals Gewalt gepredigt. Der demokratische Sozialismus ist keine Frage der Macht im Sinne von Gewalt und Straßenkampf, vielmehr eine Frage der Wirtschaftsreife, der politischen Erziehungsarbeit und des demokratischen Willens. (Sehr richtig! bei den Soz. -- Zurufe rechts.) Jeder Versuch, die Behandlung der Deutschvölkischen Freiheitspartei – es fällt mir schwer, von einer Freiheitspartei zu sprechen, wenn ich die Herren Wulle und Graefe vor mir sehe -- in Parallele mit der Sozialdemokratischen Partei zu stellen, ist ein lächerliches Unternehmen. Die Deutschvölkische Freiheitspartei ist überhaupt keine parlamentarische Partei. Die Herren, die sich als Vertreter dieser Partei ausgeben, sind Deserteure der Deutschnationalen. (Lebhafter Widerspruch bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei.) – Wenn sie nicht von selbst davongegangen sind, dann sind sie herausgeworfen worden! Jedenfalls sind sie als Abgeordnete der Deutschnationalen Partei von und für diese Partei gewählt worden. Ob sie jetzt (zu der Deutschvölk. Freiheitsp.) eine Partei hinter sich haben, könnte sich doch erst bei Neuwahlen herausstellen.

Der Name Deutschvölkische Freiheitspartei (Abg. v. Graefe-Mecklenburg: Was hatten denn die Unabhängigen für eine Partei hinter sich?) – Erlauben Sie, hinter ihnen standen ganze Organisationen, und es lagen organisatorische Beschlüsse zugrunde. (Abg. v. Graefe-Mecklenburg: Bei uns auch!) – Sie sind ja doch nach eigenem Geständnis gar keine Partei, sondern eine „Bewegung“. (Lachen und Zurufe bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei : Aktionsplan!) – Wer zuletzt lacht, lacht am besten; zuletzt lachen

Sie heute ganz bestimmt nicht. (Erneute Zurufe bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei – Glocke des Präsidenten.)

Scheidemann, fortfahrend: Der Name Deutschvölkische Freiheitspartei ist das Aushängeschild der Männer, die ihre Mandate nicht niedergelegt haben. Jetzt ist Ihr Parteiname der Deckname für im Lande bestehende gemeingefährliche Organisationen, von denen man nicht weiß, wie stark sie sind, von denen man aber weiß, daß sie vielfach bewaffnet sind und militärische Uebungen abhalten, daß sie die Republik beschimpfen und verleumden, Gewalt predigen und daß aus ihren Reihen nicht nur die Mörder Erzbergers und Rathenaus, sondern auch die Henkersknechte der Feme stammen, denen alle die zum Opfer fallen, die ihrer Organisation unbequem geworden sind. Deutschvölkische Freiheitspartei -- das ist also der Sammelname für gewisse Mörder- und Verschwörerorganisationen. (Sehr richtig! b. d. V. Soz.)

Zur richtigen Beurteilung der Deutschvölkischen gehört die Kenntnis ihrer Organisation, ihrer Presse, ihrer Schriften und ihrer Reden. Die Deutschvölkische Freiheitspartei ist **gleich** den vielen nationalistischen und geheimen Organisationen, ob es sich nun handelt um die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, um den Stahlhelm, um die Organisation C, um die Organisation Orgesch, um den Bund der Aufrechten, um den Germanenorden oder wie sie sonst alle heißen. (Zurufe v. d. Deutschvölk. Freiheitsp. -- Glocke des Präsidenten.)

Scheidemann, fortfahrend: Daß es sich hier um eine Zusammenfassung solcher Organisationen handelt, sollte auch nicht bestritten werden von wirklich aufrechten Männern, wenn sie wissen, was Herr v. Graefe selbst über seine Organisation auf dem Gründungsparteitag nach dem Bericht der deutschnationalen „Deutschen Zeitung“ vom 11. Februar gesagt hat. (Zuruf b. d. Deutschv. Frhp.: Der falsch ist!) „Dem Vorwurf, daß die drei Abgeordneten ihre Mandate in der Deutschnationalen Volkspartei nicht niedergelegt hätten, begegnete Herr v. Graefe mit der Erklärung, daß die Bildung der neuen Partei nur ein Schutzgesetz für die deutschvölkische Bewegung sei, da nur eine parlamentarische Vertretung Schutz gegen Auflösung zu bieten vermöge. (Hört! Hört! links.) Die Deutschvölkische Freiheitspartei sei gar keine Partei im hergebrachten Sinne, sondern eine Volksbewegung, die niemand gegründet habe, die vielmehr selbsttätig erwachsen sei.“ Der Kampf gegen den Parlamentarismus, den Herr v. Graefe in dieser Rede geführt hat, steht ganz mit Recht im Vordergrund seiner Erörterungen, weil er weiß, daß die Ziele, die er erreichen will, auf parlamentarischem Wege nicht zu erreichen sind. Deshalb auch die wüste antisemitische Hetze, die Judenfresserei in den Zeitungen und Reden, ihr Aufruf zum Rassenhaß, wie er häßlicher gar nicht gedacht werden kann, ein Aufruf

zum Haß, wie man ihn sich niederträchtiger gar nicht vorstellen kann. Wie das neue Berliner Organ der Deutschvölkischen Freiheitspartei sich im Antisemitismus austobt, das muß Herrn Bruhn, den Mann der „Wahrheit“, den deutschnationalen Vorkämpfer für die Friedensresolution im Jahre 1917, schamrot machen, denn da kann er nicht mehr mitkommen. Was die Freunde des Herrn Graefe leisten, wie diese monarchistischen Kämpfer gegen die demokratisch-parlamentarische Republik arbeiten, wie sie zum Haß auffordern, dafür ein Beispiel: Der Leitartikel des Graefe-Wulleschen Blattes vom Himmelfahrtstage ist überschrieben „Haß“. Gestatten Sie, daß ich Ihnen einige Sätze daraus vortrage:

Das völkische Gewissen Deutschlands verlangt als Antwort eine systematische Erziehung aller Schichten des deutschen Volkes zum *Haß*. (Hört! Hört! links.) Fort mit dem Irrsinn der Völkerversöhnung. (Hört! Hört! links.) Wir wollen keine Volksversöhnung, um uns hart zu machen in einmütigem *Haß*. (Lebhafte Rufe links: Hört ! Hört !) Wir wollen nicht in den Völkerbund, wir brauchen einen Volksbund, des *Hasses*. (Stürmische Rufe links: Hört! Hört!) *Haß* an der Mutterbrust, *Haß* in der Schule, *Haß* in der Kirche, *Haß* in der Kaserne, *Haß* im Herzen, *Haß* in der Faust . . . (Erneute stürmische Rufe links: Hört! Hört!) Ein einziger, großer, tiefer Haß von 75 Millionen Deutschen.

Haß! Haß ! Haß! Das ist Ihre Politik. Mit Abscheu muß man sich gegen eine derart infame Lehre wenden, wie Sie sie da ins Volk hineinschleudern. Was sollte aus einem Volke werden, das eine derart hirnerkrankte Haßlehre in sich aufnimmt? (Lebhafte Zustimmung links. – Zurufe von der Deutschvölk. Fp.) Mit Abscheu muß sich jeder Mensch gegen ein solches Treiben wenden. (Erneute lebhafte Zustimmung links. – Andauernde Rufe von der Deutschvölkischen Freiheitspartei – Gegenrufe links. – Abg. Graf v. Westarp: Er meint nämlich den Klassenhaß! – Glocke des Präsidenten.)

Am Tage nach diesem infamen Haßgesang brachte das gleiche Blatt einen Leitartikel in der Beilage mit der Überschrift „Reichsverderber“. In diesem Artikel werden unter anderem der Prinz Max von Baden, der frühere Reichskanzler, und der jetzige Reichspräsident Ebert genannt. In Verbindung mit diesen und anderen Namen wird dann von dem Prinzen Max als Hochverräter, von dem Reichsverderber usw. geredet. (Hört! Hört! links.) Im Leitartikel des Hauptblattes derselben Nummer steht ein Artikel von Lindström-Ludendorff (hört! hört! links), der gegen ganze Parteien des deutschen Volkes, den Vorwurf erhebt, daß, sie mit dem Feinde offen oder mittelbar Hand in Hand arbeiten. (Stürmische Rufe links: Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren ! Vergegenwärtigen Sie sich bloß, wie das alles wirken muß! Ist denn auch nur einer hier, der jetzt nicht versteht, warum sich Mordbuben gefunden haben, warum sich Buben, die Erzberger und Rathenau ermordet haben, finden *mußten*, wenn man sieht, wie die Jugend in so infamer Weise vergiftet, zum Haß und damit zum Mord aufgehetzt wird. (Stürmische Zustimmung links. – Zurufe von der Deutschvölkischen Freiheitspartei.)

Vorhin hat Graf Westarp von kommunistischen Banden gesprochen, die durch die Lande ziehen, Versammlungen sprengen usw. Wie Ihre Lehren wirken bei den Leuten, die Ihre (zu den Deutschvölkischen) Zeitungen lesen, können Sie am besten aus den Vorgängen ersehen, wie sie sich jetzt nicht nur in München, sondern fast Tag für Tag auch bereits in Berlin abspielen. Haben Sie nicht die Gerichtsverhandlung über die Lausbuben gelesen, die hier aus einer deutschnationalen Jugendversammlung gefaßt wurden, nachdem die *Vorsitzende* sie aufgefordert hatte, sich vor dem Lokal zu sammeln und dann auf der Straße Juden anzufallen? Haben Sie nicht gelesen, wie diese Bengel auf der Straße drei Paare hintereinander in der schamlosesten Weise mißhandelt haben? Nebenbei bemerkt: zwei Paare waren überhaupt keine Juden. Diese deutschnationalen Burschen wurden zwar zu drei, sechs und neun Monaten Gefängnis verurteilt; aber das Gericht hat ihnen eine dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt! Kommunistische Arbeiter hätten diese Bewährungsfrist wohl nicht bekommen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Ich will Ihnen nur noch eins sagen. Wenn Sie in der Weise den Haß weiter predigen wollen, wie Sie es getan haben, dann will ich Ihnen einmal die Frage vorlegen – ich kann und will sie aus Gründen, die Sie verstehen werden, nicht weiter vertiefen – Was glauben Sie, wäre geschehen, wenn eine solche Lehre etwa in Belgien gepredigt worden wäre? (Sehr gut! bei den V. Soz.)

Ich komme nun wieder auf die Ausführungen des Herrn v. Graefe auf seinem Parteitage zurück und füge zur Ergänzung noch folgende Zeilen aus einem Rundschreiben der Deutschvölkischen Partei hinzu, die ja „keine Partei, sondern eine Bewegung“ ist. Das Schreiben ist vom 28. Dezember 1922 datiert und hat folgenden Wortlaut:

Nach einer Verfügung des preußischen Innenministers sind nur diejenigen Organisationen als Parteien anzusehen, die im Reichstag oder Landtag mindestens einen Vertreter haben;

und so weiter, alles übrige könne aufgelöst werden, deshalb müsse man so und so verfahren, und zum Schluß heißt es dann:

Um nun in Zukunft derartige Erscheinungen zu verhindern und endlich eine Partei zu haben, die nicht nur unfruchtbaren Parlamentarismus treibt, ist die deutschvölkische Freiheitspartei gegründet worden, unter deren Fittichen alle Verbände, die dasselbe Ziel wie die Partei erstreben, unterschlüpfen können.

gez. Dr. Sch a u e n , Referendar.

(Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!) In einem anderen Rundschreiben der Deutschvölkischen Partei an die Funktionäre im Reich heißt es:

Als Abteilungen der Deutschvölkischen Freiheitspartei gelten die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, die Deutsche Arbeiterpartei, die Großdeutsche Arbeiterpartei, der Schutz- und Trutzbund und der Verband der nationalgesinnten Soldaten.

(Abg. Wulle: Das ist alles schon geklärt! - Lachen links.)

Wem diese Zeugnisse nicht genügen - Herr Wulle, jetzt komme ich zu Ihnen -, der möge lesen, was Herr Wulle an seine Vertrauensleute im Reich geschrieben hat. Es heißt da unter anderm:

Das Programm der Nationalsozialisten des Herrn H i t l e r ist ja letzten Endes das g l e i c h e wie das der Deutschvölkischen Freiheitspartei.

Und weiter an den Geschäftsführer der Freiheitspartei in Dresden :

Die Deutschvölkische Freiheitspartei ist ihrem Charakter nach dasselbe wie die Hitler-Bewegung im Süden.

Da nicht anzunehmen ist, daß die Herren Wulle und Graefe ihre Vertrauensleute angelogen haben, müssen wir doch feststellen, daß das, was über ihre Partei hier vor versammeltem Kriegsvolk gesagt worden ist, in schreiendem Widerspruch zu dem steht, was sie ihren eigenen Vertrauensleuten in Rundschreiben mitgeteilt haben. (Zuruf von der Deutschv. Fr.-P.: Lesen Sie doch die Briefe ganz vor!) - Ach, dazu reicht meine Redezeit nicht aus; Sie schreiben ja im allgemeinen viel zu langweilige Briefe. Herr Wulle und seine Freunde haben viele Briefe geschrieben. Aus zweien, die nach Cassel an einen gewissen Eckart gegangen sind, einige Sätze. Der Spezialfreund des Herrn Wulle, ein gewisser Dolle, marschiert draußen als Arbeiter auf. Er sollte eine Versammlung abhalten. Diese wurde verboten, und er beschwerte sich darüber bei jenem Eckart, der inzwischen als militärischer Vertrauensmann der Herren v. Graefe usw. verhaftet worden ist. Er schreibt:

Heil! Gestern abend kam ich leider nicht dazu, noch über das Wichtigste zu sprechen.

- In einer Zusammenkunft nach dem Versammlungsverbot!

Es wurde leider zu viel geredet. Wir reden und reden, ob Jungdeutscher Orden oder S.A. Dabei kommt es doch darauf gar nicht an. Von politischen Parteien will das Volk gar nichts mehr wissen. . . . Mein Aufruf will die Bildung von Kampftrupps als Ueberleitung zur Tatgemeinschaft. Bewegung schaffen ist alles. Lieber Eckart, in vier bis acht Wochen aus Cassel ein zweites München machen oder einpacken.

Ich bin schon fürs schleunige Einpacken! (Heiterkeit.) Immer dasselbe: Vorbereitung zur Tat, zur Tatgemeinschaft und, wie ich Ihnen noch vortragen werde, zum Losschlagen.

Herr Wulle, der für den militärischen Kampf nicht in Betracht kommen kann, wie ich vorhergesehen habe, scheint sich mehr für die finanzielle Seite der Dinge zu interessieren. Er legt in einem Brief an Herrn Eckart aus Cassel mehr Gewicht auf Geld als auf die Tat. Er schreibt unter anderm:

Es müßten möglichst oft interne Besprechungen stattfinden, zu denen in allererster Linie finanzkräftige Leute eingeladen werden.

(Große Heiterkeit links und Rufe: Juden! Heil !) - aber weiter, es kommt noch besser --

in allererster Linie finanzkräftige Leute eingeladen werden zur Aufbringung von Geldern, die wir benötigen. Ich

- nämlich Wulle -

habe gestern in einer vertraulichen Besprechung

--- nebenbei gesagt: in Hannover -

19 Millionen herausgeholt.

(Stürmische Rufe bei den V. Soz. und den Komm.: Hört! Hört! und große Heiterkeit.)

Baurat Rosenthal

(Stürmische Heiterkeit und Zurufe von den V. Soz. und den Komm.: Jude ! Jude !)

soll jeweils den Landesvorsitz übernehmen. Grüßen Sie bitte Dr. Kreis und Heins !

Wulle.

Der Vertrauensmann Eckart des Herrn Wulle, an den er diesen Brief geschrieben hat, hatte Mitgliedsausweise folgender Organisationen bei sich: erstens Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, zweitens Deutscher Treubund, drittens Deutschnationale Volkspartei (Hört! Hört! bei den V. Soz.), viertens Germanen-Orden, fünftens Deutschnationaler Volksverein, sechstens Nationalsozialistische Partei. (Zuruf von den V. Soz.: Im ganzen billiger! - Heiterkeit.)

Aus der Fülle des Materials, das beweist, welcher Art die Tätigkeit der Deutschvölkischen Freiheitspartei ist. führe ich nun aus Korrespondenzen der Führer, aus Rundschreiben und sonstigem Material, das ich zur Verfügung habe, ich will mal sagen, den hundertsten Teil Ihnen vor. Zwischen den Führern der Nationalsozialisten und den Freunden des Herrn Wulle ist ein Abkommen getroffen worden, wonach ein Uebereinkommen erzielt wurde, über gemeinsames Zusammenarbeiten bei Lösung „der bevorstehenden großen Aufgaben im deutschen Freiheitskampfe“.

Weiter:

Deutschvölkische Freiheitspartei. Berlin SW 11,
Dessauer Str. 6.

Herrn Lauterbach, Berlin-Charlottenburg.

Ich nehme Bezug auf unser heutiges Telefongespräch. Wir tragen Ihnen hierdurch das Amt eines militärischen Führers der Yorck- Jugend an. Unser Bund ist in Ortsgruppen eingeteilt (Altersvorsitzender, jugendlicher Vorsitzender, Jungmannführer). Der ganze Bund ist geschlossen als Hundertschaft den andern Roßbach-Formationen angegliedert.

(Abg. Wulle: Alles Unsinn!) – Na, Sie sind schon erheblich stiller geworden, als Sie vorhin gewesen sind. (Zurufe von der Dv. Fp.) Weiter! Aus Hannover an

Herrn Oberleutnant Roßbach, Wannsee.

Lieber Herr Roßbach! Heute habe ich aus Hannover und Braunschweig die militärischen Führer zusammengestellt um einmal alle Fragen vollkommen zu klären Ich gebe nachstehend Ihnen ein klares Bild

Es folgt nun ein ausführlicher Bericht, der Sie in seiner Vollständigkeit nicht interessiert, über die Führer der Verbände, in Hannover, Celle, Hildesheim, Göttingen, Cassel – da wird auf den Eckart Bezug genommen, der der dortigen Abteilung vorsteht, die 250 Mann stark ist –, Hannoversch-Münden, Braunschweig usw.

Aber es wird Sie interessieren, einiges zu hören über einen vollkommen militärisch ausgearbeiteten Plan dieser merkwürdigen Freiheitsmänner:

. . . Ehe der Vormarsch nach Mitteldeutschland angetreten werden kann, vergehen Wochen.

a) Wenn Berlin mit zerniert werden und der Angriff aus der Havellinie erst vorgetragen werden muß, sind es mindestens 20 Tage. Berlin und Mitteldeutschland gleichzeitig.

b) Sind die Kräfte genügend stark und wird das Unternehmen gegen Berlin und Mitteldeutschland gleichzeitig geführt, dauert es trotzdem etwa 14 Tage; denn das Aufstellen der Formationen beansprucht in beiden Fällen etwa eine Woche.

Es folgen genaue Anweisungen über den zu führenden „kleinen Krieg“, der die Kräfte des Gegners binden soll. Ueber die Vorbereitungen wird unter anderem gesagt:

d) Schaffung eigener Freikorps (je 50 bis 60 Mann) aus zusammengebrachtem, guten Leutematerial, die in Landwirtschaft und Industrie (gut bezahlt) schon jetzt untergebracht werden (Lebhafte Rufe bei den V. Soz.: Hört! Hört!) und die Kern und Rückhalt des Ganzen bilden.

Das ist etwas, was ich der Arbeiterschaft zur ausdrücklichen Beobachtung empfehle: diese Herrchen die man da in die Landwirtschaft, in die Bergwerke, in die Industrie hineinschmuggelt, um dort ihre nationalistischen Geschäfte zu besorgen!

e) Vorbereitung für Zuzug von Verstärkungen und Eingliederung desselben in end Rahmen des Ganzen. Am Ort klebende Formationen, wie sie jetzt sind, nützen gar nichts. Sie werden überrannt und gehen nutzlos zugrunde, wenn sie, was sicher in 99 von 100 Fällen zutrifft, nicht auseinanderlaufen, wenn Gefahr im Verzuge ist.

(Lebhafte Rufe bei den V. Soz. und bei den Kommunisten: Hört! Hört! – Große Heiterkeit links.)

Kartenskizzen über den Stand, der Truppen sowie Telegrammschlüssel werden beigegeben. Heil und Sieg!

Horst v. Tettenborn.

Dieser Herr v. Tettenborn ist ein merkwürdiger Optimist. Er will immer noch siegen mit Truppen, von denen er überzeugt ist, daß 99 vom Hundert weglaufen werden, wenn es ernst wird. (Zuruf von der Dv. Frhpt.: Wie bekommt man solche Geheimakten? – Heiterkeit.)

Hin und wieder spricht aus den Briefen, die ich kenne, die Befürchtung (Erneute Zurufe von der Dv. Frhpt.: Woher sind die Akten? – Unruhe), daß trotz der Feme einer etwas ausplaudern könnte. Darauf kriegt also beispielsweise der Herr Roßbach einen Brief, in dem folgendes geschrieben steht:

Berlin, den 19. Januar 1923.

Herrn Oberleutnant Roßbach, Wannsee.

Wenn wir in unserer Turnerschaft Leute hätten, die den Mund nicht halten können, wären wir schon längst von der Polizei aufgelöst worden.
(Hört! Hört! bei den V. Soz.)

Denn unser Spottklub Haia ist ja die Fortsetzung der Ortsgruppe Litzmann, des aufgelösten Verbandes nationalgesinnter Soldaten,

(Rufe von der Dv. Fthpt.: Ach !)

von denen wir auch noch Material in Händen haben! – Dies allein würde schon eine Auflösung zur Folge haben.

(Hört! Hört! bei den V. Soz. und bei den Kommunisten.)

Außerdem betrachten wir uns als eine militärische Organisation mit eigenen Waffen.

(Lebhafte Rufe bei den V. Soz. und bei den Kommunisten: Hört! Hört! – Zuruf von der Dv. Frhpt.: Wer?)

Unsere Leute, auch die nicht Soldat gewesen sind, werden ausgebildet

(Zuruf von der Dv. Frhpt.: Der Brief ist doch nicht an Roßbach gerichtet! – Fortgesetzte wechselseitige Zurufe links und rechts) – lassen Sie mich doch ausreden; wir werden nachher das zweifelhafte Vergnügen haben, Sie auch anzuhören – (Abg. v. Graefemecklenburg: Nein!)

-- ausgebildet mit dem Gewehr 98, haben in den Instruktionsstunden die Schießregeln gelernt, lernen Zielen, werden vertraut gemacht mit den Kriegsartikeln. Marschordnung, Gefechtsübungen usw. werden durchgenommen. Nacht- und Felddienstübungen in Döberitz und Schießübungen mit Gewehr 98

(Lebhafte Rufe bei den V. Soz. und bei den Komm.: Hört! Hört!)

auf den Schießplätzen in Kaulsdorf und Weißensee gemacht.

(Hört! Hört! links.)

Außerdem haben wir eine in Morse ausgebildete Nachrichten-
gruppe

(Hört! Hört! bei den V. Soz.)

Alfred Herzog, 7. Turnerschaft,
Kompagniefeldwebel.

Wen die deutschvölkischen Herrschaften für den Dümsten halten, den halten sie auch für den Besten in ihrem Sinne. (Heiterkeit links.) Dafür will ich Ihnen folgendes Beispiel aus einem Briefe aus Stolp an den Herrn Heinz vorführen, der uns allen, wenigstens denen, die sich mit Ihrer Partei (zu der Dv. Frhpt.) beschäftigen, wohl bekannt ist

Sehr geehrter Herr Heinz!

Zur Aufklärung über unsere Lage in Pommern folgendes :
Der Pommer ist dumm,

(Große Heiterkeit links.)

stupide und so lange für keinen großen Gedanken zu begeistern, wie et nicht Vorteile daraus erblickt.

(Hört! Hört! und große Heiterkeit.)

Ist es aber geglückt, ihn schließlich doch zu erwärmen, dann hat man ihn auch fest. Pommern können wir ruhig lassen, es ist so völkisch und national,

– national ihrer Richtung (nach rechts), deshalb, weil Sie angeblich so dumm sind! – (Schallende Heiterkeit.)

daß es sofort mit fliegenden Fahnen zu uns übergeht, wenn der große Tanz beginnt. Herr Roßbach gründete hier in Stolp vor einigen Tagen die Turnerschaft der Deutschvölkischen Freiheitspartei, deren Führer ich bin . . . v. Salomon.

(Hört! Hört! und Heiterkeit links.)

Sie sollen noch mehr hören!

Deutschvölkische Freiheitspartei, Gruppe der Großdeutschen Arbeiterbewegung, Organisationsabteilung II.

Berlin, den 4. Februar 1923.

An alle Ortsgruppen!

Am 10. dieses Monats findet in Berlin eine außerordentliche wichtige Besprechung der Deutschvölkischen Freiheitspartei, Gruppe der Großdeutschen Bewegung, statt, in welcher die Richtlinien zu gemeinsamer Arbeit festgelegt werden sollen.

– Es wird darauf Wert gelegt, daß aus dem ganzen Lande Delegierte herkommen usw. Dann kommt das Programm:

Sonnabend, den 10., 11 Uhr vormittags, Sitzung aller Delegierten im Offizierskasino am Bahnhof Zoo; 1 Uhr mittags Mittagessen dortselbst; 4 Uhr nachmittags Sitzung der gesamten Vertreter im Reichstag. Propagandamaterial wird bei der Sitzung reichlich ausgegeben.

Ich bitte alle zu dieser Sitzung eingeladenen Vertreter, pünktlich zu erscheinen.

Deutschvölkische Freiheitspartei,
Gruppe Großdeutsche Bewegung.

Für die Führerschaft:
Roßbach

Sechs- bis zehnmal soviel Herren, als hier angemeldet worden waren, sind zu jener Sitzung nach dem Reichstag gekommen. Das Lokal, in dem die deutschvölkischen friedlichen Freiheitsmänner getagt haben, konnte sie kaum fassen. Sie mußten ihre Garderobe auf den Korridor legen. Die Folge war, daß dann die Dienet viele Totschläger und Revolver auf dem Korridor herumliegen sahen.

(Lachen bei der Dv. Frhpt.) Das sind Ihre friedlichen Freiheitsmänner, die sich friedlich im Reichstag, ausgerüstet mit Totschlägern und Revolvern, versammeln!

Die Vorbereitungen für den Bürgerkrieg, die Sie getroffen haben, sind bis in alle Einzelheiten getroffen worden. Dafür will ich Ihnen ein Beispiel anführen, es ist zwar „streng vertraulich“, aber in diesem Falle erzähle ich es Ihnen trotzdem:

Wien, den 30. Januar 1923.

Tagebuch Nr. . .

Betreffend Telegrammchiffre.

Um einen möglichst unauffälligen Depeschenwechsel zwischen Wien-Passau-München-Leipzig-Berlin-Breslau zu ermöglichen, wird um Anwendung nachstehender Telegrammchiffre in allen vorkommenden Fällen gebeten. Da die Chiffre bzw. die Decknamen in den Depeschen ein für allemal Geltung haben, so sind Antworten analog den gestellten Fragen zurückzusenden. Als Unterschriften für Telegramme, die von Wien ausgehen, gelten allein folgende :

für Herrn Oberst Bauer: Bernhard,
(Hört! Hört! links.)

für Herrn Hauptmann v. Obwurzer: Otto,

für Herrn Hauptmann v. Horst: Heinrich.

Diese Unterschriften sind von Zeit zu Zeit der größten Sicherheit wegen zu wechseln. Die neuen Namen . . . werden rechtzeitig mitgeteilt werden usw.

(Zurufe von der Dv. Freiheitspartei.)

Es kommt noch mehr in Betracht Es steht ein vollständiger Telegramm-Code fest:

A. Decknamen. Tschecho-Slowakei heißt Georg. Deutschland heißt Dora. (Heiterkeit.) Bayern heißt Dora Baier, Sachsen heißt Dora Sachs.

Das finde ich ziemlich geistlos; das hätten wir Sozialdemokraten schon geschickter gemacht, (Heiterkeit links.)

Schlesien : Dora Schlesinger; Polen : Paul ; Rußland: Robert; Ungarn: Ursula. Man erfährt da auch, wie im übrigen telegraphiert werden soll, z. B. für 10 000 Mann gleich 10kg (Lachen links), für 500 Mann 500g. Maschinengewehre werden im Telegramm bezeichnet als Steppmaschinen, Flammenwerfer als Minimax, Handgranaten als Balle usw.

Ich mache darauf aufmerksam, daß diese Telegramm-Chiffren ähnlich sind den von früher her bekanntgewordenen Chiffren der Mordorganisation C. (Hört! Hört! links.) In dieser Organisation C. war der Code folgendermaßen. Ich gebe natürlich nur wenige Beispiele: Gewehre und Karabiner gleich Kartoffeln, S.M.G., d. h. schwere Maschinengewehre gleich Gerste, L. M. G. gleich Hafer, Pistolen gleich Steckrüben, Handgranaten gleich Stroh, Infanteriemunition gleich Eier. (Hört! Hört! links.)

M. D. u. H.! Entweder handelt es sich hier um ein Spiel von Leuten, die man nicht anders bezeichnen kann, als wie Sie die Pommern fälschlich porträtiert haben, d. h. von Leuten, die nicht wissen, was sie tun, oder es handelt sich um Leute, die wissen, was sie tun; dann handelt es sich um Verbrecher, die bereit sind (Stürmische Zustimmung links), unser Volk in den blutigsten Bürgerkrieg hineinzutreiben. (Erneute Zustimmung links.)

An Herrn Roßbach schreibt Herr v. Salomon, den ich schon genannt habe – er kann es nämlich nicht abwarten, bis es losgeht –, aus Stolp, er habe eine erregte Auseinandersetzung mit seinen Freunden gehabt und er habe den Standpunkt vertreten, daß die Sache als solche „wichtiger sei als die Ruhe und Ordnung eines vollgefressenen dickwanstigen Spießervolkes“. (Heiterkeit links.) Dann sagt er: Lassen Sie doch endlich den Film laufen !

Der Deutschvölkischen Freiheitspartei stehen enorme Summen zur Verfügung, Das beweist unter anderm eine Aufstellung Roßbachs über den Bedarf für die Propaganda innerhalb der Reichswehr: 11 Millionen Mark. (Große Unruhe und Hört! Hört! links.) An Beihilfen für 15 Organisationsbezirke werden angeführt 80 Millionen Mark. Zu alledem kommen aber noch riesige Summen für die militärische Ausbildung der Mannschaften, für Reisen usw.

Ueber die völkische Propaganda in der Reichswehr und die Verbindungen zwischen Reichswehr und reaktionären Kreisen ist die Regierung verpflichtet, nun endlich dem Reichstag Auskunft zu geben! (Lebhafte Zustimmung bei den V. S.) Wir können uns das nicht mehr gefallen lassen. Entweder weiß die Regierung nichts, dann ist sie zu bedauern, oder sie weiß Bescheid, dann soll sie es auch endlich sagen. (Erneute Zustimmung bei den V. Soz.) Das Dummste ist eine Vogel-Strauß-Politik. Wenn der Reichswehrminister den Parade-Unfug, der da stattfindet mit Hindenburg und Ludendorff und allerlei Prinzen, nicht zum Stoppen bringen kann, dann muß mit ihm hier sehr energisch geredet werden. (Stürmische Zustimmung links.) Es ist für unsere Außen- und Innenpolitik einfach nicht mehr zu ertragen, was der General Hindenburg, von dem wir alle wünschen, daß wir ihn dauernd achten können, jetzt

tut. Wir fordern, daß er derartigen Unfug nicht weiter treibt oder richtiger: für derartige Dinge nicht weiter mißbraucht wird. Hindenburg stellt sich hin und feiert den früheren Kaiser und seinen Sohn in Wendungen, wie dieser: „Seinc Majestät, unser allergnädigster Kaiser, König und Herr.“ Wenn der General Hindenburg immer noch nicht begriffen hat, daß die Herrschaft seines allergnädigsten Herrn vorbei ist, soll er wenigstens aufhören zu reden und soll uns nicht Ungelegenheiten im Auslande bereiten.

Das Heer, von dem Herr v. Hindenburg gesprochen hat, ist die Wehr der deutschen Republik, deren Mannschaften wir vertrauen, und der wir danken für ihren gewiß nicht angenehmen Dienst., deren Offizieren wir aber, soweit sie sich in einem republikanischen Heere nicht wohl fühlen, dringend raten müssen, ihren Beruf so schnell wie möglich zu wechseln. Hier muß bald und gründlich Abhilfe geschaffen werden. (Sehr wahr! links.) Das verlangt die Sicherheit der Republik, das verlangt aber auch das Interesse der Mannschaften der Reichswehr. Wir wollen nicht, daß unsere Söhne und Brüder, die jetzt in der Reichswehr dienen, wie sie früher im Heere gedient haben, als Versuchskarnickel bei dem Versuch, reaktionäre Zwecke zu erreichen, benutzt werden. Wir wollen auch nicht erleben, daß etwa in der Republik praktiziert wird, was in der alten kaiserlichen Zeit der Herr, der jetzt in Doorn lebt, einmal gesagt hat, daß seine Soldaten unter Umständen auch auf Vater und Mutter schießen sollten. Diese Zeiten sollen und müssen auf immer und ewig vorbei sein. (Lebhafte Unruhe und erregte Zurufe von den Deutschnationalen.)

Sch eidemann, nachdem wieder Ruhe eingetreten ist:

Mir lag und liegt jegliche Animosität gegen die Offiziere fern. Ich habe in der Zeit, seit der ich im Reichstage arbeite — das sind 20 Jahre — und später in amtlichen Stellen und auch nachher noch so viele hochachtbare und tüchtige Offiziere kennen gelernt, daß es ein Blödsinn und Unrecht wäre, wenn ich sie in Bausch und Bogen verurteilen wollte. Aber den Offizieren, die als aktive Monarchisten in der republikanischen Wehr bleiben wollen, muß zu Gemüte geführt werden, daß sie da nicht hineingehören. Wir wollen keine Vergewaltigung. Aber die Republik kann sich auch nicht selber vergewaltigen, indem sie ihren Schutz denen anvertraut, die nichts anderes dichten und denken, als dieser Republik so schnell wie möglich den Hals umzudrehen.

Ohne gewisse Verbindungen zwischen reaktionären Organisationen, über die ich gesprochen habe, und Cliques in der Reichswehr könnte Herr Lauterbach gar nicht über eine Besprechung in Berlin berichten, derzufolge die Roßbach-Organisation allein

100 000 Mitglieder zählt, die Brigade Kraft 12 000 Mitglieder. Die Organisationen der Deutschvölkischen Freiheitspartei, deren graphische Darstellung ich kenne und in Händen gehabt habe, — —

(Abg. v. Graefe-Mecklenburg: Aha, die Dokumente!)

— Sie ist offenbar reproduziert worden.

(Abg. v. Graefe-Mecklenburg: Von wem denn?)

— Ich meine, es wäre alles geklärt, Herr v. Graefe? Ich werde gleich sagen, was darin steht. Denn nur darauf kommt es an. Die Organisation gliedert sich in 50 Abteilungen. (Unruhe rechts. — Abg. Wulle: Das ist ja alles Quatsch! — Lachen links. — Glocke des Präsidenten.)

— Die „ollen Kamellen“ werden für die große Mehrheit dieses Hauses doch von einigem Interesse sein, nehme ich an. —

Die organisatorische Gliederung enthält unter anderm eine Oberabteilung „Aktionsbüro III b“. In dieser Abteilung befinden sich unter anderm folgende Ressorts: 1. Kampforganisationen 2. Schutzorganisationen, 3. mobile Truppen, 4. Saalschutz, 5. Bewachung und Verpflegung. Herr v. Graefe sagt, so etwas glaube er nicht. Stimmt das etwa nicht, was ich hier vorgelesen habe? Existieren die Organisationen nicht? Existieren die Verbindungen mit der Reichswehr nicht? Existieren alle diese Pläne nicht? (Zuruf bei der Dv. Fp.: Nein!) Wo immer man den Zipfel bei Ihren Organisationen aufhebt, immer stößt man auf verbrecherisches Treiben.

So vorsichtig nun die Organisationen nach außenhin arbeiten, so brutal offen geht die Presse vor, Die Presse der Deutschnationalen ist in sehr vielen Fällen allerdings kaum zu unterscheiden von der Art und Weise, wie sich die deutschvölkischen Zeitungen hetzerisch gegen die Republik betätigen.

Ich will mich aber an die Herren der Deutschvölkischen Partei halten. Wenn man sieht, wie hetzerisch jetzt in dem neuen Organ der Herren Wulle und v. Graefe, sozusagen einem dritten Miesbacher Anzeiger, geschrieben wird, so kann man nur die Ueberzeugung gewinnen, daß das die Leute deshalb tun, weil sie wissen, daß ihnen ja doch nichts Ernstliches passiert. Solange sich Staatsanwälte finden, die, anstatt I h n e n an den Kragen zu gehen, Zeitungen den Prozeß machen, die Ihr Treiben aufdecken, so lange haben Sie allerdings gut arbeiten.

Ich führe Ihnen Beispiele an für das, was sich die reaktionäre Presse erlaubt hat, und ergänze damit das, was neulich der Herr Abg. Vogel hier schon vorgetragen hat: „In all dem Geflunker und

Geschwätz von ‚Einheitsfront‘ usw. haben wir nicht zu vergessen, daß sich zwischen uns und die Volksbetrüger, Arbeiterführer und bürgerlichen Parteiverbrecher 2 Millionen Tote schieben.“

„Jetzt sind die ‚Führer‘ dank dem nationalen Aufschwung allein. Ihre B e s e i t i g u n g wäre nicht Bürgerkrieg, sondern ein gerechtes Strafgericht.“ (Hört! Hört! links.) „Denn wir müssen endlich einmal einen Unterschied zwischen Staatsbürgern und Schweinehunden machen.“

„Wir können keine Führer dulden, die Hochverräter sind, keinen Präsidenten, der selbst Hochverräter ist.“

„Die Antwort auf Essen wäre Aufhängen aller Vaterlandsverräter innerhalb des Reichstags.“ (Zurufe bei der Dv. Fp.) Alles das ist aus Ihren Parteorganen, dem Völkischen Beobachter und dem Miesbacher Anzeiger. Sie haben ja selber gesagt, daß das ganz dasselbe wäre, was Sie auch sind. (Widerspruch auf der äußersten Rechten.) Was ich z. B. unter einem Verräter verstehe von dem Sie wünschen, daß er aufgehängt werden soll, will ich Ihnen sagen: Ein Verräter ist auch derjenige, der zu der jüngsten Goldanleihe das folgende schrieb:

„Damit wird aus dem Volke auch das Letzte herausgepumpt werden.“

„Uns scheint das Tönchen, welches die Reichsbank anlässlich dieser neuen amtlichen M a s s e n d ü p i e r u n g an schlägt, heryorragend geeignet, dem kleinen Sparer seine paar Devisen und ausländischen Noten aus der Tasche zu ziehen.“

Von der Goldanleihe wird weiter in Ihren Organen geschrieben:

Dieser Anleiheschwindel usw. usw. Solche Leute sprechen von Verrätern, die aufgehängt werden sollten innerhalb des Reichstags, Sie (nach rechts) wären doch die drei ersten, die hier an der Tribüne hängen oder vor Gericht gestellt werden müßten.

Ich will meiner ablaufenden Redezeit wegen auf den Vortrag einer Menge Material verzichten und möchte nur noch ein kleines Hühnchen mit Herrn Henning rupfen, der bisher sehr kurz wegkommen ist. Ich fasse alles ganz kurz zusammen und will nicht näher auf die neueste bayerische Verordnung eingehen, dies vielmehr meinem Parteifreund Henke überlassen. Die bayerische Verordnung bezweckt, kurz gesagt, nichts anderes als die Sabotage der Gesetze zum Schutze der Republik, als die Ausschaltung des Staatsgerichtshofs, zu dem Graf Westarp kein Vertrauen hat und dafür die Einsetzung der Volksgerichte in Bayern, zu denen Graf Westarp natürlich ein sehr großes Vertrauen hat. Wie der ganze deutschvölkisch-nationalistische Unterbau, ist auch die Spitze des Dreieckes. Herrn Abg. Henning beschuldige ich hiermit vor allem

Volke, daß er in Gemeinschaft mit deutschnationalen Organisationsleitern Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hat, um einen Mann den er für den Mörder Erzbergers hielt, über die Grenze zu schaffen. (Hört! Hört! links.) Der deutschnationale Vorsitzende der Organisation Osnabrück, ein Fabrikdirektor Meyer, ging auf einen Parteitag der Deutschnationalen nach München. In dieser Zeit lief ein Brief bei ihm ein von einem gewissen Hörnlein, der sich beschuldigte, der Mörder Erzbergers zu sein. Der deutschnationale Sekretär Landwehr öffnete diesen Brief, wozu er das Recht hatte, wartete dann aber, bis der Fabrikdirektor Meyer zurückkam. Nun wurde festgestellt, daß Hörnlein, der sich als Mörder Erzbergers bezeichnete, tatsächlich auch Vertrauensmann der Deutschnationalen Partei in Papenburg gewesen war. (Hört! Hört! bei den Soz.) Er habe Erzberger getötet, das Gewissen schlage ihm, man möge ihm helfen. So schrieb er. Nach der Rückkehr Meyers fanden zwischen den deutschnationalen Männern Besprechungen statt. Das Resultat war, daß der deutschnationale Parteisekretär Landwehr nach Mittenwald an der Isar geschickt wurde, um sich mit Hörnlein in Verbindung zu setzen und ihm, wenn möglich, über die Grenze zu helfen.

Bei den Bemühungen, diesem angeblichen Mörder Erzbergers zu helfen, hat der Abg. Henning mitgewirkt. (Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!) Wir wollen hören, was darüber der genannte Vorsitzende der deutschnationalen Partei, der Fabrikdirektor Meyer, ausgesagt hat. Er bestätigte vor einer Amtsperson zunächst alles, was ich hier vorgetragen habe und was zurückzuführen ist auf Äußerungen des von mir genannten Landwehr, und fuhr dann fort: „Er habe zunächst nicht recht daran geglaubt, daß es sich um den wirklichen Mörder Erzbergers handeln könnte, weil er schon die Namen Tillessen und Schulz gehört hatte, sei aber doch der Befürchtung gewesen, daß der Hörnlein die Hände im Spiel gehabt haben könne, dann aber müsse man ihm auf alle Fälle helfen. (Hört! Hört! links.) Deshalb schrieb der deutschnationale Organisationsvorsitzende an den „Mörder“ Erzbergers und bat ihn, sein Lichtbild und Personalangaben zu schicken, damit er ihm einen Paß besorgen könne. Diesem Brief habe er einen Geldbetrag beigelegt. Nun aber zitiere ich wörtlich die Aussage des Fabrikdirektors Meyer vor dem zuständigen Staatsanwalt:

In diesen Tagen suchte ich den Reichstagsabgeordneten Major Henning auf, der gerade . . . in Osnabrück war. Ich suchte ihn wegen politischer Fragen auf und brachte dann auch die Rede auf den Brief des Hörnlein. Wir unterhielten uns darüber, daß die Schilderung des Hörnlein über den Hergang des Mordes doch recht unmöglich klinge. Wir wollten aber

Klarheit in die Sache bringen, da wir mit der Möglichkeit rechneten, daß vielleicht doch etwas Wahres an den Angaben von Hörnlein sein könnte. Wir haben jedenfalls alles Für und Wider zusammen erwogen. Wir entschlossen uns, Geld zu senden.

(Hört! Hört! links.)

Ich mache kein Hehl daraus, daß, wenn Hörnlein wirklich der Täter war, es den Zweck hatte, ihm zu helfen.

(Hört! Hört! links.) Der Zweck des Herrn Henning, der Zweck des deutschnationalen Vorsitzenden der Organisation in Osnabrück war der, dem vermeintlichen Erzbergmörder zu helfen ! (Hört! Hört! links.)

Wir schossen etwa 1000 Mark zusammen usw. Sofort nach dieser Unterredung habe ich auf der Hauptpost ein Telegramm an Hörnlein aufgegeben, etwa folgenden Inhalts: Telegramm erhalten, Erledigung läuft, Brief folgt. Frühestens tags darauf habe ich dann an Hörnlein einen Brief geschrieben, und zwar handschriftlich, wie alle Briefe an Hörnlein usw. Wegen der Paßbesorgung habe ich keine weiteren Schritte unternommen. Major Henning muß dies getan haben.

(Hört! Hört! links.) Diese Aussagen sind vor dem Staatsanwalt in der Untersuchungsangelegenheit Erzberger gemacht worden. (Zuruf des Abg. Henning.)

Meine Damen und Herren ! Durch die schamlosen Hetzereien in der nationalistischen Presse, durch die gewissenlose Verleumdung, die jahrelang gegen bestimmte Männer betrieben worden ist, fanden sich schließlich Mordbuben, die den besonders beschimpften und verleumdeten Mann ermordeten, aber rechtsradikale „nationale“ Herrschaften suchten dann die wirklich oder vermeintlich kompromittierten Leute dem Strafrichter zu entziehen (Hört! Hört! links), setzten Himmel und Hölle in Bewegung, um sie über die Grenze zu schaffen. Pfui Teufel über eine derartige „Politik“! sage ich. (Sehr wahr ! links.) Das war und ist die Politik, die vortrefflich hineinpaßt in den Rahmen dessen, was Sie nationale Politik nennen. „Schämen sollten Sie sich! (Pfuirufe links. -- Erregte Gegenrufe auf der äußersten Rechten.) Die Spitze des Dreiecks hier im Hause ist würdig des Unterbaues, den ich bereits geschildert habe. Es ist klar -- (andauernde Zurufe von der Deutschv. Freiheitspartei. Erregte Gegenrufe von der äußersten Linken. -- Glocke des Präsidenten.)

Abg. Scheidemann fortfahrend:

- ich habe leider nicht verstehen können -- (erneuter Zuruf von der Deutschvölk. Freiheitspartei). Es ist klar erwiesen, daß zwischen den vielen Verschwörerorganisationen und der sogenannten Deutschvölkischen Freiheitspartei ein organisatorischer und persönlicher engster Zusammenhang besteht. Die Deutschvölkische Freiheitspartei ist eingestandenermaßen nur der Deckmantel für gemeingefährliche Organisationen, die, vielfach mit Waffen versehen, militärische Uebungen abhalten und alle Vorbereitungen zum Sturz der Republik getroffen haben. (Sehr wahr! bei den V. Soz.) A 1 l e wegen politischer Morde und Mordversuchen an republikanischen Persönlichkeiten bisher ermittelten Personen waren I h r e Parteimitglieder (sehr wahr ! links), waren Mitglieder I h r e r Organisationen (Zuruf von der Deutschv. Freiheitsp. : Schwindel !), die unter den Fittichen der Deutschvölkischen Freiheitspartei ihre verbrecherische Tätigkeit ausgeübt haben !

Aus dem von mir Vorgetragenen wie aus den Bekenntnissen der Herren Wulle und von Graefe geht klar hervor, daß die Ziele und der Charakter der Deutschvölkischen Freiheitspartei den Zielen und dem Charakter der Nationalsozialisten, der Hitlerbanden, gleich sind. (Sehr wahr ! links.) Wenn es aber feststeht, daß diese Organisationen untereinander gleich sind, wenn es feststeht, daß in den Zielen und in der Anwendung der Mittel zur Erreichung dieser Ziele Herr von Graefe gleich Herrn Wulle, Herr Wulle gleich Herrn Henning, Herr Henning gleich Herrn Roßbach, Herr Roßbach gleich Herrn Salomon, Herr Salomon gleich dem Fabrikdirektor Meyer und Meyer gleich Ehrhardt ist, wenn alle untereinander gleich sind, und sehr viele Deutschnationale ihnen so ähnlich sehen wie ein Ei dem andern, dann war es in der Tat die höchste Zeit, daß tatkräftig vom Minister Severing eingegriffen wurde. (Lebhafte Zustimmung bei der V. Soz.)

Von der Reichsregierung erwarten wir, daß sie die Größe der Gefahr erkennt und nicht nur einzelne Regierungen, die guten Willens sind, in ihrer Abwehr unterstützt, sondern auch selbst die Initiative ergreift, diese Abwehr für das ganze Reich einheitlich zu organisieren.

Gegen den härtesten Anprall von außen ist die Reichseinheit im Innern aufrechterhalten worden. Wenn Narren und Verbrecher jetzt darangehen, um dieses Letzte zu zertrümmern, so gehört nur noch eine schwache und unentschlossene Regierung dazu, das tatsächliche Ende Deutschlands herbeizuführen. Wer will für das Blutmeer, das wir dann durchschreiten müssen für das Elend, demgegenüber alles bisher Erlebte wie Kinderspiel erscheinen müßte, die Verantwortung tragen, die Verantwortung für Reichszerfall und Bürgerkrieg?

Meine Damen und Herren! Angesichts dieser Situation rufe ich nicht nur der Arbeiterschaft, die solchen Rates kaum bedarf, sondern auch den politisch urteilsfähigen Teilen des Bürgertums zu: die Zipfelmützen herunter! Gesellt euch zu den Millionen Arbeiter, die längst eingesehen haben, worum es geht, um Leben oder Sterben der Republik, um die Einheit des Reiches, um das Letzte, was wir bisher aufrechterhalten konnten. Hier sind die Massen, aus denen die Regierung sich die Kraft holen kann, die sie braucht, die Kraft, die sie jeden Tag bekommen kann, und die ihr umso freudiger entgegengebracht werden wird, je mehr Verständnis sie entgegenbringt den hohen Idealen der Arbeiter von demokratischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. In diesen Massen des werktätigen Volkes, die die deutsche Republik geschaffen haben, liegen auch die Wurzeln ihrer Kraft. (Stürmischer Beifall bei den V. Soz. Unruhe und Zurufe rechts. Vereinzelt Zischen bei den Dtn.)